

Wo bleibt die Vision?

Der Luxemburger EU-Ratspräsidentschaft schlägt umweltpolitisch ein harter neoliberaler Wind entgegen. Rein defensiv wird sie wenig ausrichten können.

Claude Turmes

Die Luxemburger EU-Ratspräsidentschaft ist keine Routineperiode. Vielmehr eröffnet sich in den kommenden Monaten europapolitisch eine entscheidende Weggabelung zwischen einer rein quantitativen Wachstumspolitik und einer ganzheitlichen Wirtschaftspolitik, die Umwelt- und Sozialbelange von vorn herein mitdenkt.

Viele der anhängigen Dossiers machen diese beide Optionen deutlich: Die Luxemburger Regierung wird die konkrete Umsetzung des Kyoto-Abkommens bearbeiten müssen, in deren Mittelpunkt der Beginn des Emissionshandels ab dem 1. Januar 2005 steht, die aber auch neue Initiativen im Bereich der Transport- und Energiepolitik auf europäischer Ebene braucht; darüber hinaus ist der Erwartungsdruck auf die Luxemburger groß, erste Prioritäten hin zur nächsten Post-2012 Kyoto Verhandlungsrunde festzulegen.

Während den nächsten Monaten muss die EU ihre Verhandlungsposition diesbezüglich definieren. Harte Diskussionen kündigen sich an, da die EU hier auch eigene klare Zielsetzungen für die CO2 Emissionen für die Zeithorizonte 2020 oder 2050 bestimmen muss.

Ein anderes wichtiges Dossier ist die Reform des Euratom-Vertrages, die von Luxemburg dazu genutzt werden sollte, um die EU endlich von der Förderung der unsinnigen Atomkraft abzubringen. Hier bietet sich besonders eine Zusammenarbeit mit Österreich an, ein Land, das im ersten Halbjahr 2006 den Vorsitz innehat. Ein weiterer Punkt auf der Agenda ist die Chemikaliendirektive Reach: Die EU-Kommission hat nach fünf Jahren Beratungen im Oktober 2003 eine Direktive zur Kontrolle des europäischen Chemikalienmarktes

vorgelegt. Die Chemikaliendirektive ist angesichts des drastisch zugenommenen Chemikalienvolumens und der erheblichen gesundheitlichen Folgen ein Meilenstein in der EU-Umwelt- und Gesundheitspolitik. Der Entwurf soll

Auffällig ist eine zu starke politische Zurückhaltung dieser EU-Ratspräsidentschaft, die leicht auch als Perspektivlosigkeit gedeutet werden.

alle Chemikalien vor ihrer endgültigen Marktzulassung einer gesundheitlichen Risikoabschätzung unterwerfen und damit Licht in die bestehende immense Grauzone bringen.

Angesichts dieser großen umweltpolitischen Herausforderungen hat die Luxemburger EU-Ratspräsidentschaft bisher der Umweltpolitik bei ihren öffentlichen Stellungnahmen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Zwar haben der Umwelt- und der Europaminister bei ersten Kontakten auf der EU-Ebene durchaus erkennen lassen, dass sie die Erfolge der Luxemburger EU-Ratspräsidentschaft auch an der umweltpolitischen Bilanz messen und

durch ein Zusammenspiel der wichtigen Dossiers - Stabilitätspakt, Reform der EU-Finzen und Lissabon-Reformagenda - einer qualitativen Wachstumspolitik den Vorrang geben möchten. Doch eine schlagkräftige Vision, die den starken wirtschaftsliberalen Gegenkräften den Wind aus den Segeln nehmen würde, ist bisher nicht zu erkennen.

Auffällig ist vielmehr eine zu starke politische Zurückhaltung, die leicht auch als gewisse Perspektivlosigkeit gedeutet werden kann. Mangels einer klaren Botschaft eilt dieser EU-Präsidentschaft bereits ein wenig der Ruf voraus, sie könnte zu einem reinen Verwaltungsakt werden. Ein Detail, das allerdings Hintergrund offenbart: Während andere EU-Ratspräsidentschaften bereits Monate vor dem eigentlichen Beginn ihrer Amtsperiode mit mehr oder weniger großem Aufwand Anzeigen schalten, eine Identität schaffen und sich einen Slogan geben, hat die Luxemburger Regierung bisher wenig Anstrengungen in dieser Richtung unternommen. Dies wird im Bereich der Umwelt- und Sozialpolitik besonders deutlich.

Diese Haltung kann einer realistischen Einschätzung der realen Einflussmöglichkeiten der Luxemburger Präsidenten-

schaft entsprechen - einflussgebend sind schliesslich nicht nur die Wünsche Luxemburgs, sondern auch die Prioritäten der vorigen EU-Ratspräsidentschaften, nationale Wahltermine in den grossen Mitgliedstaaten und nicht zuletzt die Agenda des Sekretariats des Europäischen Rates. Es sollte aber nicht verkannt werden, dass dennoch politischer Spielraum besteht, um sich aus der bisher an den Tag gelegten Defensive zu befreien und beispielsweise das begrüßenswerte Leitmotiv einer stärkeren Verknüpfung der europäischen Finanz- und Wachstumspolitik mit umwelt- und sozialpolitischen Ansprüchen stärker zu thematisieren.

Die kommenden Wochen und Monate sollten zur Bildung dieser gemeinsamen Identität der Luxemburger EU-Ratspräsidentschaft genutzt werden. In der sozialen Frage hat die Luxemburger Regierung dabei vor allem dank des europapolitischen Profils von Staatsminister Juncker durchaus ein gewisses Gewicht. Im Umweltbereich läuft die Regierung allerdings Gefahr, dass sich die Konzept- und Profillosigkeit der Luxemburger Umweltpolitik, die sich unter Goerens/Berger eher noch verstärkt hat, in der kurzen verbleibenden Zeit schwer aufgearbeitet werden kann.

Die bisherige Zurückhaltung ist umso bedauerlicher, als der allgemeine politische Kontext, in der nachhaltige Politik entstehen soll, nicht eben günstig ist und Engagement und Konsequenz umso mehr gefordert sind. Zum einen zeichnet sich die neue EU-Kommission durch eine ausgeprägte neoliberale Grundhaltung und ein schwach besetztes Umweltressort aus; zum anderen macht sich in der EU schrittweise eine Renaissance der alten Wachstumsrhetorik bemerkbar: Modisch eingekleidet in den Begriff des "Reformprozesses von Lissabon", der die EU bis 2010 zur wettbewerbsfähigen Wirtschaft der Welt machen soll, werden Deregulierung und Liberalisierung hochgehalten und der alte Trugschluss erneuert, Umwelt- und Sozialbelange könnten erst zur Geltung kommen, wenn eine liberale Wirtschaftspolitik genügend Wachstum geschaffen habe.

Der unter der Leitung von Wim Kok vor kurzem fertig gestellte Bericht zur Eva-

luierung der bisherigen Reformen im Bereich des Lissabon-Prozesses räumt der Umweltpolitik zwar einen wichtigen Stellenwert ein - beispielsweise durch eine konsequente Förderung ökologisch sinnvoller Innovationen und Umwelttechnologien, die Abschaffung umweltschädlicher Subsidien und die ökologische Ausrichtung des öffentlichen Beschaffungswesens -, allerdings werden Umweltbelange bei der konkreten Umsetzung der Politik wieder außer Acht gelassen.

So schlägt der Kok-Bericht in seinen konkreten Schlussfolgerungen auch vor, die EU-Minister sollten sich auf ihren Wettbewerbs- und Wirtschaftsgipfeln in erster Linie mit der Förderung des Wachstums beschäftigen. Diese Vor-

Im Umweltbereich läuft die Regierung allerdings Gefahr, dass sich die Konzept- und Profillosigkeit der luxemburger Umweltpolitik die sich unter Goerens/Berger eher vergrößert hat, in der kurzen verbleibenden Zeit nicht aufgearbeitet werden kann.

rangstellung wird auch bei der Wahl der Indikatoren deutlich, die zur Begutachtung der Fortschritte herangezogen werden sollen: Während sich Eurostat, das statistische Amt der EU, bereits seit längerem mit der Ausarbeitung von Indikatoren beschäftigt, die Lebensqualität sowie Umwelt- und Sozialbelangen stärker Rechnung tragen, konzentriert sich der Kok-Bericht wieder nur auf rein quantitative Parameter. Der zuvor im Bericht skizzierte ganzheitliche Ansatz ist damit wieder schnell vergessen.

Christian Hey, Mitglied des Deutschen Nachhaltigkeitsrates, der die Entwicklung der europäischen Umweltpolitik während seiner langjährigen Lobbytätigkeit in Brüssel begutachten konnte, macht die Renaissance der Wirtschaftsgläubigkeit auch am beachtlichen Erfolg der europäischen Umweltpolitik fest. Nach seiner Meinung war die europä-

ische Umweltpolitik lange sehr innovativ und erfolgreich und wird daher immer stärker insbesondere von Industriekreisen und deren Helfershelfern in den Wirtschaftsministerien angegriffen.

Er erkennt mehrere Strategien, die von einzelnen EU-Mitgliedstaaten und der wirtschaftsnahen Lobby eingesetzt werden, um den Einfluss der Umweltpolitik mittel- bis längerfristig zu schwächen: Zum einen sei festzustellen, dass dem EU-Umweltkommissar bei immer mehr Projekten und Direktiven die Federführung aus der Hand genommen wird.

So befasst sich derzeit der EU-Wettbewerbsrat (der sich rein aus Wirtschaftsministern zusammensetzt) mit dem Dossier "Reach", der Reform der Europäischen Chemikalienpolitik und es finden harte Kämpfe darüber statt, welche Rolle dieser Rat zukünftig beim Klimaschutz spielen soll. Zum anderen kann sich die immer stärker werdende Kultur der "Impaktstudien" als Bremse der EU-Umweltpolitik erweisen:

Die Umweltpolitik, die dieses Instrument zur Prüfung der Umweltaspekte der anderen Politiken fördert, wird nun selbst mit diesem konfrontiert und auf Schritt und Tritt kontrolliert. So tobt augenblicklich ein Streit über die Kosten und den Nutzen der Chemikalien-Direktive.

Beide Strategien können, müssen jedoch eine anspruchsvolle EU-Umweltpolitik nicht unbedingt behindern. Sie können der Luxemburger EU-Ratspräsidentschaft auch Argumente an die Hand geben, um den hohen Stellenwert der Umweltpolitik zu verteidigen: So kann den Wettbewerbsanhängern entgegnet werden, dass Umweltschutz durch Innovation, Qualität und Ressourceneffizienz durchaus die industrielle Wettbewerbsstellung Europas verbessert und wichtige neue Märkte, beispielsweise in China eröffnet.

Den Förderern der "Kultur der Impaktstudien" kann begegnet werden, in dem bei der Evaluierung auf die Berücksichtigung aller Umwelt- und Gesundheitsvorteile einer fortschrittlichen EU-Chemikalienpolitik gepocht wird und sich effizienten und Bürokratie reduzierenden

den Instrumentarien bei der Umsetzung der Politik nicht prinzipiell widersetzt wird.

Die Luxemburger EU-Ratspräsidentschaft sollte hier argumentativ ansetzen. Sie muss sich in den kommenden Monaten neben einer ausgeklügelten Strategie auch die fachlichen Mittel geben, besonders auch im Bereich der Klimaschutzpolitik, die Herausforderungen zu bestehen. Dabei wird energiepolitisch sicherlich die aktive Kooperation mit der folgenden britischen EU-Ratspräsidentschaft von Nutzen sein.

Ein Blick sollte jedoch auch auf die nationale Komponente dieser EU-Ratspräsidentschaft geworfen werden. Die letzte Luxemburger EU-Ratspräsidentschaft ist nicht nur außenpolitisch crucial. Sie ist auch innenpolitisch ein entscheidender Augenblick, um zu evaluieren, wie Luxemburgs Europapolitik gemacht und verbessert werden kann. Einige strategische und organisatori-

sche Mängel der Luxemburger Diplomatie sind aus Brüssel bereits seit Jahren erkennbar und verstärken sich allenfalls unter der EU-Ratspräsidentschaft:

**Die Mängel der
Luxemburger Diplomatie
sind aus Brüssel
bereits seit Jahren erkennbar
und verstärken sich
allenfalls unter der
EU-Ratspräsidentschaft.**

Zu nennen sind der gravierende Fehler, im Gegensatz zu vielen anderen EU-Mitgliedstaaten die europäische Außenstelle (représentation permanente) in Brüssel fachlich und personell chronisch über lange Jahre hinweg unter

zu besetzen und das Versäumnis, sich weder um eine stärkere Luxemburger Präsenz im Mittelbau der europäischen Verwaltung zu kümmern, noch diplomatisch genügend der stark wachsenden Bedeutung des Europaparlaments Rechnung zu tragen. Schließlich muss auch die mangelnde personelle Ausstattung der Ministerien, des Luxemburger Parlaments und der einzelnen Fraktionen in europapolitischen Fragen genannt werden; ein Umstand, der jetzt offenbar angegangen werden soll.

Sollte die diesmalige Luxemburger EU-Präsidentschaft der neuen Regierungsmannschaft diese Mängel endlich deutlich werden lassen und zu einem Generations- und Gesinnungswechsel in der Luxemburger Politik führen, wäre diese Periode ein innenpolitischer Erfolg. Er würde die Qualität der Luxemburger Demokratie erhöhen und außenpolitisch mittel- bis längerfristig die Mitbestimmung Luxemburgs in der EU verbessern.

LÉGUMES BIO

co-labor  s.c.

105, route d'Arlon L-1140 Luxembourg Tél.: 44.78.83 / Fax: 45.92.45